

Gemeinsame Erklärung zur Hochschulstrukturplanung des Landes¹

Am 28.3.2014 legte das Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft in einer Pressekonferenz einen Entwurf für eine Hochschulstrukturplanung des Landes vor. Vertreter des Hauptpersonalrates, der Personalräte der Hochschulen und Universitätsklinik sowie der Gewerkschaften GEW, Marburger Bund und ver.di haben sich dazu am heutigen Tag verständigt und stellen dazu Folgendes fest:

1. Mit der vorgelegten Hochschulstrukturplanung verstößt das Wissenschafts- und Wirtschaftsministerium gegen den Beschluss des Landtages², dass eine aktive Absenkung der Studierendenzahlen und der Zahl der Studienplätze nicht verfolgt wird. Das Konzept weist konkret den Wegfall von 3.328 Studienplätzen aus. Und dies, obwohl das Ministerium selbst davon ausgeht, dass es bis 2025 eine relativ stabile Zahl der StudienanfängerInnen in Sachsen-Anhalt geben wird.
2. Entgegen der bisherigen Aussagen, dass es um eine Hochschulstrukturplanung bis 2019 geht, werden nunmehr Vorschläge vorgelegt, die über das Jahr 2020 hinausreichen und eine weitere Stufe des Abbaus an den Hochschulen einleiten sollen. Für Weichenstellungen mit solchen weitgehenden Folgen sind weder die Landesregierung noch die Hochschulen legitimiert.
3. Gemäß Beschluss des Landtages sollte die weitere Entwicklung der Hochschulen auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates gemeinsam mit den Rektoren, den Studierenden und den Personalvertretungen erarbeitet werden. Die Personalvertretungen wurden bis heute ebenso wie die Studierenden in die Erarbeitung dieses Papiers weder eingebunden noch über den Arbeitsstand informiert.
4. Das Ministerium meint, dass die zur Erarbeitung des Papiers gebildeten Arbeitsgruppen „keine Planungsgruppen im Sinne des § 57 Personalvertretungsgesetz des Landes waren, sondern ein Gremium, dessen Arbeitsaufgabe darin bestand, allgemeine Vorschläge für die Neustrukturierung der zukünftigen Hochschullandschaft des Landes zu erarbeiten und zwischen Ministerium und Hochschulen abzustimmen. Diese Vorschläge haben keine direkten Auswirkungen auf die

¹ Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt: Hochschulstrukturplanung des Landes Sachsen-Anhalt, Fassung 27/03/2014

² Landtagsdrucksache 6/2291

Personalwirtschaft der Hochschulen.“³ Das sehen wir rechtlich anders. Die vom Ministerium gebildeten Arbeitsgruppen befassten sich mit den Arbeitsbedingungen und der Arbeitsorganisation an den Hochschulen. Dies verdeutlichen die nun vorgelegten Vorschläge zur Schließung ganzer Fakultäten und Einrichtungen, die offenkundig Auswirkungen auf das Personal der Hochschulen haben werden.

5. Für keine der vorgeschlagenen Schließungen (Universität Magdeburg: Gesamte Humanwissenschaftliche Fakultät; Universität Halle: Kommunikations- und Medienwissenschaften, Psychologie, Informatik, Sportwissenschaften und die Geografie) gibt es eine inhaltliche Begründung oder eine Folgenabschätzung. Gleiches gilt für die pauschale Kürzung der Finanzmittel der Fachhochschulen.
6. Das wahre Maß der Kürzungen durch fehlenden Inflationsausgleich, die nur zu 90% vom Land getragenen Personalkostensteigerungen und den Abbau des strukturellen Defizits wird aus den vorgelegten Tabellen nicht deutlich. Zudem fehlt ein Überblick über die betroffenen Personalstellen.
7. Die Schließung des Studienkollegs in Halle konterkariert die Forderung des Landes, die Anziehungskraft der Hochschulen auf ausländische Studienanfänger deutlich zu erhöhen.
8. Die Hochschulmedizin wird in die Betrachtungen lediglich mit pauschalen Einsparsummen einbezogen. Dies ist unverständlich, da es vielfältige Verflechtungen gibt. Beispielhaft dafür ist die formulierte Absicht, die bisherige Pharmazieausbildung der Leipziger Universität in Halle im Gegenzug für die Übernahme der Lehramtsausbildung Sport und Geografie in Leipzig zu übernehmen. Dabei wurde offensichtlich übersehen, dass die Pharmazie in Halle schon die Ausbildung der Medizinstudenten Halles übernehmen soll, weil die Medizinische Fakultät der MLU diesen Bereich im Rahmen ihrer Einsparbemühungen schließen will.
9. Das Land ist der Meinung, dass der Anteil der unbefristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter auf 20 bis 25% abgesenkt werden soll. Das ist gar nicht notwendig, denn unter Einbeziehung der Drittmittelstellen, die der Wissenschaftsrat „vergessen“ hat, ist dieser Anteil schon Realität! Das Ergebnis sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Trend darf nicht noch weiter verstärkt werden, sondern ihm muss entgegengewirkt werden. Zudem hat das Ministerium wohl übersehen, dass die Erhöhung der Anzahl der befristeten wissenschaftlichen Mitarbeiter zur Reduzierung der Lehrkapazität führt (um 50% in jedem einzelnen Fall). Angesichts der Überlastsituation ist dies indiskutabel.
10. Die beabsichtigte komplette Streichung der Zuschüsse für die Studentenwerke gefährdet deren gesetzlichen Auftrag und schwächt den Hochschulstandort Sachsen-Anhalt im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern.

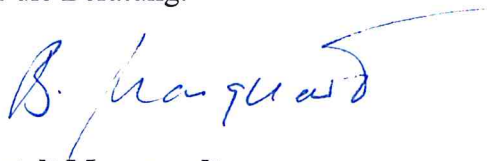
Wenn diese Planungen Realität werden, folgt ein weiterer Kahlschlag in der Hochschullandschaft Sachsen-Anhalts mit nicht wieder gutzumachenden Schäden. Der von der Landesregierung selbst

³ Hochschulstrukturplanung, S.23, Zeile 35 ff.

postulierte Medienstandort Halle wird ad absurdum geführt, die Geisteswissenschaften an der Universität Magdeburg werden nur noch ein Schattendasein führen. Die Schließung der Geowissenschaften in einem von Bergbau und dessen Altlasten geprägten Land ist unverantwortlich. Wir lehnen deshalb diese Vorschläge des Ministeriums ab.

Magdeburg am 2.April 2014

Für die Beratung:



Bertolt Marquardt

Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft

Dr. Renate Federle

Vorsitzende des Personalrats der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Hans-Ulrich Spannaus

Vorsitzender des Personalrats des Universitätsklinikums der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dr. Ulrich Busse

Vorsitzender des Personalrats der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Markus Schulze

Vorsitzender des Personalrats des Universitätsklinikums der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

Karina Pangsy

Vorsitzender des Personalrats der Hochschule Anhalt

Steffen Rabenstein

Vorsitzender des Personalrats der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Annette Sprung-Scheffler

Vorsitzender des Personalrats der Hochschule Harz

Antje Reinsch

Vorsitzende des Gesamtpersonalrats der Hochschule Magdeburg-Stendal

Susanne Fiedler

Vorsitzende des Personalrats der Hochschule Merseburg

Prof. Hans-Dieter Klein

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Sachsen-Anhalt

Anne Voß

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Dr. med. Christine Schneemilch

Marburger Bund, Landesverband Sachsen-Anhalt